

AL Info² / 21

3 Interview mit Mischa Schiow – Neuer Gemeinderatspräsident von Zürich

4 Längst fälliger Siedlungsplan in der Stadt Zürich!

8 AL initiiert die kantonale Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen»

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

AL vor den Wahlen 2022

Im Februar 2022 wird in der Stadt Zürich gewählt. Im Jahr 2018 gehörte die AL zu den Wahlgewinner*innen. Sie konnte 7892 Wähler*innen (+1851) mobilisieren, legte prozentual von 6.46% auf 7.85% zu und gewann einen 10. Sitz. Auch bei den Kantonsratswahlen 2019 konnten wir – als Einzige neben Grünen und GLP – mit einem Sitzgewinn punkten.

AL trotz Pandemie am Ball

Seit 2018 haben wir die Hände nicht in den Schooss gelegt, sondern uns innerhalb und ausserhalb des Parlaments für unsere Kernthemen engagiert. Für faire Steuern und gegen Umverteilung von unten nach oben: 2019 mit den beiden Referendumskampagnen gegen die Unternehmenssteuerreformen STAF und SV17 auf Bundes- und Kantonsebene, mit der im März 2020 eingereichten AL-Initiative gegen Steuergeschenke an Grossaktionär*innen und der soeben lancierten Initiative für eine Covid-19-Steuer auf grössere Vermögen. Für das Grundrecht auf Meinungsäusserungsfreiheit auch in Zeiten der Pandemie: mit Protesten gegen die Unterdrückung von Aktionen am 1. Mai 2020, der Frauen*-demos rund um den 8. März 2021 und der Klimastreik-Kundgebungen sowie einer Beschwerde gegen das von Mario Fehr inspirierte Demoverbot in der kantonalen Covid-19-Verordnung. Für die Rechte der sozial Schwächeren: In der Diskussion zum kommunalen Richtplan SLÖBA haben wir wirksamen Schutz und ein Bleiberecht der Mieter*innen eingefordert und uns gegen Vertreibung und Gentrifizierung gewehrt. Auch in der Netto-Null-Debatte: Klimaschutz ohne Klimagerechtigkeit ist für die AL ein

No-Go. Bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien konnte die AL dank kluger Bündnispolitik statt einem Abbau einen moderaten Ausbau durchsetzen und in der Stadt ein Pilotprojekt für die Versorgung von Menschen ohne Zugang zum Gesundheitswesen, speziell von Sans-Papiers, anschieben. Eine grosse Genugtuung brachte die PUK zu Entsorgung und Recycling (ERZ). Sie bestätigte vollumfänglich unsere langjährige Kritik am ehemaligen ERZ-Chef Pauli und seiner Gebührenpolitik. Dank unserer Hartnäckigkeit werden die Stadtzürcher*innen in den nächsten zehn Jahren bei den Abfall- und Abwassergebühren um mehrere 100 Millionen Franken entlastet.

Rot-Grün in Städten auf Vormarsch

Seit Beginn der Coronakrise haben in acht grösseren Städten Kommunalwahlen stattgefunden: Genf, Biel, St. Gallen, Baselstadt, Bern, Schaffhausen, Lausanne und Fribourg. Die Tendenz ist einheitlich: Die SP verliert, desgleichen SVP, FDP und auch CVP/Die Mitte – trotz Fusion mit der BDP – die EVP bleibt stabil oder verzeichnet leichte Zuwächse. Klare Gewinner*innen sind überall Grüne und GLP. Listen der Alternativen Linken gab es in Genf (Ensemble à Gauche, PdA), Lausanne (Ensemble à Gauche), Biel (PdA, Passerelle), Bern (AL, PdA, Grüne Partei/DA) und Schaffhausen (AL). Ausser in Schaffhausen konnten sie ihre Stimmenanteile halten und meist ausbauen. Insgesamt hat Linksgrün überall nochmals zugelegt.

Mitte-Links-Trend bei Abstimmungen

Auch die drei Abstimmungen unter Corona-Bedingungen (Sept. und Nov. 2020

sowie März 2021) zeigen einen erfreulichen Trend: National, kantonal und kommunal war die Stimmbeteiligung konstant höher als im langjährigen Schnitt, inhaltlich zeigt sich eine deutliche Tendenz Richtung Mitte-Links. Bemerkenswert und vor ein paar Jahren kaum denkbar sind auf kantonaler Ebene die 49.7% Nein zur Fliegerbeschaffung, die 52.8% Ja zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI), die 45.7% Ja zur Kriegsmaterial-Initiative und die 54.8% Nein zum Verhüllungsverbot (2009 sagten im Kanton noch 51.8% Ja zur Minarett-Initiative). In der Stadt wurden die Fliegerbeschaffung mit 63.4% und das Verhüllungsverbot mit 69.3% Nein abgeschmettert, die KVI fand bei 66.7% und die Kriegsmaterial-Initiative bei 60.8% Zuspruch. Hier zeichnet sich ein längerfristiger Trend ab, der offenbar von den zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen der Klimastreikbewegung und der Frauen getragen wird.

Gute Ausgangslage – harter Kampf um AL-Stadtratssitz

Die politische Grosswetterlage und die Aussichten der AL für die nächsten Wahlen sehen also nicht schlecht aus. Ein harter Kampf steht uns bei den Stadtratswahlen bevor. Hier stürzen sich praktisch alle Parteien wie Geier auf den mit dem Rücktritt von Richi Wolff freiwerdenden Sitz. Die SP will zu alter Stärke zurück, die Grünen träumen von neuer Stärke, die FDP probt eine irrealer Flucht nach vorn, vielleicht steigt auch noch die GLP ins Rennen. Wir lassen uns davon nicht unterkriegen, sondern eher beflügeln!

Niklaus Scherr

Parolen

Abstimmungen vom 13. Juni 2021

BUND:

Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» **JA**

Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» **JA**

Bundesgesetz Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) **JA**

Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) **JA**

Bundesgesetz polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT-Gesetz) **NEIN**

KANTON ZÜRICH:

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele **STIMMFREIGABE**

Kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» **JA**

Kantonale Volksinitiative «Mehr Geld für Familien» **JA**

STADT ZÜRICH:

Totalrevision Gemeindeordnung **JA**

Rahmenkredit für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen **JA**

Ausbau Stadttunnel als Veloverbindung, Objektkredit **JA**

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann,

Redaktion Dafina Gash, Zoe Lehmann, Andrea Leitner, Rosa Maino, Dayana Mordasini, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Neue Power im Sekretariat – Willkommen Zoe!

Wie schon im letzten AL Info angekündigt, hat sich Ezgi Akyol entschieden, per Ende Januar die AL zu verlassen. Ihre Bachelorarbeit konnte sie nicht wie erhofft mit dem Pensum als Fraktions- und politische Sekretärin unter einen Hut bringen. Da Ezgi noch als Gemeinderätin das Fraktionssekretariat übernommen hatte, fand sie sich dank ihrer Erfahrung im Ratsbetrieb und der Vertrautheit mit politischen Prozessen in kürzester Zeit gut in ihrem neuen Job zurecht. Wir haben ihre sorgfältige und engagierte Arbeit sehr geschätzt und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!

Am 1. April durften wir Zoe Lehmann an der Molkenstrasse begrüßen. Zoe hat Ethnologie und African Studies studiert. Sie arbeitet 60% auf dem Sekretariat



Wechsel im Seki: Ezgi Akyol geht, Zoe Lehmann kommt.

zusammen mit Dafina Gash (80%). Erfahrung konnte Zoe bei der SP Schaffhausen als politische Sekretärin und bei der SP Aargau als Campaignerin für die NR-Wahlen 2019 sammeln. Wir freuen uns sehr mit Zoe und Dafina in die politisch spannende und intensive Zeit zu starten.

Isabel Maiorano, AL-Vorstand

Städtische Klimaziele und Mieter*innenschutz

Zentrales Handlungsfeld jeder Netto-Null-Strategie ist der Gebäudepark. Die Versorgung mit Wärme und Kälte muss CO₂-neutral werden. Nur selten wurden bisher die Auswirkungen dieser Strategie auf die Mieter*innen diskutiert.

Die AL befragte dazu am Online-Meeting vom 10. Februar Rahel Gessler, Co-Leiterin des Geschäftsbereichs Energie bei «Umwelt- und Gesundheitsschutz» der Stadt Zürich, und den Klimastreik-Aktivisten Jonas Kampus.

Ein Kernstück der städtischen Klimastrategie für den Gebäudepark ist der Ausbau der Fernwärme. Bis 2040 sollen 60 statt der heute 25 Prozent des Stadtgebiets damit erschlossen sein. Bis dann soll die Hälfte der heute noch 21'000 fossil beheizten Gebäude umgerüstet und das Zürcher Gasnetz stillgelegt werden. Ein städtisches Förderprogramm soll Anreize für die Verbesserung der Gebäudehülle, für Photovoltaik und Heizungsersatz schaffen.

Der Aktionsplan der Klimabewegung formuliert ähnliche Handlungsansätze. Radikal ergänzt wird er mit der Forderung, dass bis 2030 nur noch eine Baubewilligung erhält, wer bestehende Gebäude nachrüsten oder renovieren will.

Bemerkenswert ähnlich und in der Essenz nicht weniger radikal steht dies auch im Grundlagenbericht, den die Stadt für ihre Netto-Null-Strategie (als Weisung dem Gemeinderat «entschärft» am 21.

April überwiesen) in Auftrag gab. Eine tiefere Neubaurate sei ein Handlungsansatz, der auch die graue Energie in die CO₂-Bilanz einbeziehe. Als Politikmassnahme rege man daher die Einführung eines Bedarfsnachweises für Neubauten an. Ausserdem müssten in Zürich «Gebäudeflächen ab sofort nur noch dann ersetzt und zugebaut werden, wenn das zwingend nötig ist [...], d.h. Ersatzneubauten und Neubauten [...] würden vorerst auf das absolute Minimum reduziert.»

Damit und mit der Bindung städtischer Subventionen für Gebäudesanierungen an die Pflicht, Mietverhältnisse nicht zu kündigen und Mieten nicht zu erhöhen, gelänge ein Befreiungsschlag, der Klimaschutz und Klimagerechtigkeit im Bereich «Gebäudepark» miteinander versöhnen könnte.

Walter Angst, AL-Gemeinderat

Interview mit Mischa Schiow – Zürcher Gemeinderatspräsident

Lieber Mischa. Du wirst am 19. Mai zum ersten Gemeinderatspräsidenten der AL gewählt. Was bewegt dich gerade, wenn du an dieses Datum denkst?

Es ist aufregend, umso mehr, als ich mir vor fünf Jahren nicht einmal vorstellen konnte, dem Gemeinderat anzugehören, geschweige denn ihn einmal zu präsidieren. Andererseits ist nun klar, dass das geplante Fest nun doch nicht stattfinden wird. Leider mussten wir es absagen. Ich hätte die Wahl gerne im Kreis derjenigen gefeiert, die mir nahestehen, also meinen Mitstreiter*innen von der AL und den Menschen aus dem Quartier, mit denen ich für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen kämpfe.

Welchen Einfluss kannst Du als Präsident auf den städtischen Politikbetrieb nehmen?

Der Spielraum des Gemeinderatspräsidenten ist relativ klein: Er bereitet mit dem Büro, in dem alle Fraktionen vertreten sind, die Geschäfte vor und leitet die Ratssitzungen. Dazu kommen repräsentative Aufgaben, welche stark von der Entwicklung der Corona-Pandemie abhängen werden. Bestimmt werde ich eher an der Spitze des 1. Mai-Umzugs anzutreten sein als am Sechseläuten. Im Rat ist es mir ein Anliegen, dass Diskussionen kontrovers geführt werden können. Aber mit allem Respekt jenen Mitmenschen gegenüber, die im Rat nicht vertreten sind, zum Beispiel Stadtbewohner*innen, die kein Stimmrecht haben. Sie werden in den Voten von ganz Rechts immer wieder verunglimpft.

Beschreib doch den Leser*innen Deinen politischen Werdegang! Was hat Dich zum Amt des höchsten Stadtzürchers geführt?

Deine Frage hört sich an, als hätte ich dieses Amt angestrebt. Es ist, wie gesagt, eher der Zufall, der mich nach dem Rücktritt von Corinne Schäfli in den Rat gebracht hat, und die Bereitschaft der AL-Fraktion, mich für dieses Amt zu portieren. Was hingegen kein Zufall ist, sind meine politischen Ansichten. Die wurden mir gewissermassen in die Wiege gelegt. Ich komme aus einer Familie, in welcher die Herzen immer links geschlagen haben. Die Sowjetunion, die den Faschismus bezwungen hat, die Überzeugung, dass das Wort Sozialismus für Überwindung der Ausbeutung und für Freiheit steht – das war in meinen Jugendjahren prägend. Auch wenn sich diese



Mischa Schiow wird am 19. Mai 2021 der erste Gemeinderatspräsident der AL

Ideale als komplexer und kontrastreicher herausgestellt haben, als ich damals dachte, bleibe ich dem humanistischen Gedankengut und dem Streben nach Emanzipation treu.

Du hast lange in Frankreich gelebt. Warst Du da auch politisch aktiv?

1982 ging ich nach Paris um zu studieren. Mitterrand hatte ein Jahr zuvor die Wahlen gewonnen, vier kommunistische Minister waren in der Regierung. Als Student schlug mir die neoliberale Wende entgegen. Die grossen Ideale der «Lendemain qui chantent» waren damals ausgeträumt. Es gab 1986 eine starke Student*innenbewegung, die ein Numerus Clausus-Gesetz der Chirac-Regierung zu Fall brachte. Ich war in der Soli-Arbeit mit Palästina aktiv, organisierte Ferienaufenthalte für Kinder aus den Flüchtlingscamps. Später war ich als Leiter eines Kulturzentrums in einer links regierten Vorstadt kulturpolitisch aktiv. Zu den schönsten Erinnerungen aus meinen Frankreichjahren zählen die Kontakte beim Verkauf der Zeitschrift «Humanité Dimanche» auf dem Sonntagsmarkt.

Und zurück in Zürich bist Du der AL beigetreten ...

Ich bin 1998 nach Zürich zurückgekehrt. Neben meinen Aufgaben als Direktor der Promotionsstelle des Schweizer Films und meiner Familie hatte ich wenig Zeit, mich politisch zu betätigen. Ich fühlte mich der AL immer schon nahe und kandidierte für sie regelmässig im Wahlkreis 7/8, auch mit geringer Aussicht, gewählt zu werden. Die Offenheit der in der AL geführten Debatten, ihr unermüdlicher Einsatz für demokratische Rechte und für all jene ohne Stimme überzeugen mich weiterhin.

Interview: Andreas Kirstein, AL-Gemeinderat

AL-Buch- und Serientipp



Judith Stofer empfiehlt: Rutu Modan, Tunnel, Carlsen Verlag 2020, ISBN 978-3-551-78592-3

Wer Geschichten in Bild und Text liebt, kommt mit Comics und

Graphic Novels voll auf seine Rechnung. Zu meinen aktuellen Lieblingsautorinnen gehört Rutu Modan. Ihre Geschichten haben politischen Tiefgang, sie erzählt mit viel schwarzem Humor und liebenswertem Witz. Ich kann alle Graphic Novels von Rutu Modan vorbehaltlos empfehlen – jeder Band ist ein kleiner Geniestreich an Erzählwitz und brillanter Bildsprache im Stil der belgischen Schule der «ligne claire». In ihrem neuesten Werk steht die Suche nach der mystischen Bundeslade im Zentrum. Sie lässt dabei ein wild zusammengewürfeltes israelisches und ein kleines palästinensisches Team einen Tunnel graben, der tief unter einer Grenzmauer hindurchführt. Wie im richtigen Leben sind die Vielfalt der Interessen und die daraus entstehenden Rivalitäten gross – und die Geschichte grandios.



David Garcia Nuñez empfiehlt: The Politician (2019-), USA, Netflix. Ryan Murphy gehört weltweit zu den erfolgreichsten Serien-Regisseuren unserer

Zeit. Abonniert aufs Schrille, Bonbonhafte, Grotteske und Verque(e)rte, vermag er jedes Mal die Fans zu überraschen. Das tut er auch dieses Mal in «The Politician». Wir lernen zu Beginn der Serie einen überambitionierten 17-jährigen Payton Hobart kennen, der immens reich ist, keine Selbstwertprobleme kennt und nur ein Ziel im Kopf hat: Präsident der USA zu werden. Sein erster kleiner Schritt auf diesem langen Weg ist der Schulsprecher*innenposten, womit die ganze Satire über das US-amerikanische Politsystem beginnt. Umgeben von hochkarätigen Schauspielerinnen entpuppt sich der ursprünglich hochnäsige Payton im Verlauf als so schrill, bonbonhaft, grotesk und verqueert, dass wir ihn ins Herz schliessen (müssen). Nebenbei erfahren wir auch, weshalb sich die «moderne» Politik vielleicht in den Mitteln, jedoch nicht in den Zielen von der «alten» unterscheidet. Ein Hochgenuss.

Überfälliger Siedlungsplan

Nach rund einjähriger Beratung in der Kommission «BeKo RP SLÖBA/V» debattierte der Gemeinderat an drei Tagen im April über den ersten kommunalen Richtplan für Zürich. Er soll die bauliche Entwicklung der Stadt angesichts der prognostizierten Bevölkerungszunahme für die kommenden Jahre strategisch begleiten. Eine Kernaufgabe ist die Landsicherung für die Bereitstellung städtischer Infrastruktur wie Schulen oder auch Sportanlagen. Zusätzlich setzt er Schwerpunkte der baulichen Verdichtung, bezeichnet Quartierzentren und sichert Frei- und Grünräume. Auch den flankierenden Massnahmen, die das Verdichtungsszenario sozialverträglich abfedern sollen, wurde ein kurzes Kapitel gewidmet.

Die AL-Fraktion stimmte dem Richtplan in der Schlussabstimmung mit einem weinenden und einem minimal lachenden Auge zu. Christina Schiller wies im Rat darauf hin, dass die AL-Vollversammlung das letzte Wort haben würde.

Grosse Herausforderungen brauchen einen Plan

Tatsächlich macht einen die Vorstellung fassungslos, dass die grösste Stadt der Schweiz bislang keinen Richtplan hatte, also quasi in ihrer dynamischsten Phase ohne Navigationssystem fliegt. Die Aufgabenstellung für eine zeitgemässe Stadtplanung könnte komplexer nicht sein: Für den Landschaftsschutz muss «nach innen» verdichtet werden. Auf dem mehrheitlich bereits verbauten Stadtgebiet bleibt nur die «Nachverdichtung». Der Anteil an preisgünstigen Wohnungen muss erhöht, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erreicht, der Langsamverkehr gefördert, die Pendlerströme besser kanalisiert und die Co2-Werte drastisch gesenkt werden. Die Stadt hat ausserdem ein Hitze- und ein Lärmproblem. Sie muss kühler werden, ihre Kaltluftströme besser berücksichtigen und mehr Grünraum sichern, und die Wohngebiete von Verkehrslärm befreien. Dann ist da auch noch die soziale Durchmischung, die sie sich auf die Fahne geschrieben hat. Das heisst also: Alte, Junge, Familien, die finanziell Schwachen und Starken, die heutigen Bewohner*innen und die Neuen – sie alle sollen in Zürich leben können. Bauliche Verdichtung im bereits eingeschlagenen Tempo und unter den geltenden Bedingungen beisst sich per se mit den oben genannten Zielen. Trotzdem muss alles unter einen Hut. Und dafür braucht es einen Richtplan mit starken planerischen

Leitplanken. Weshalb Stadtrat Richi Wolff sicher Recht hatte, als er den bürgerlichen «Planverweiger*innen» im Rat zurief: «Keinen Plan zu haben, ist nicht der bessere Plan!»

«Hinterherputzen»

Die «Bau-Sause» ist bereits in vollem Gange. Günstiger Wohnraum wird vernichtet, teurer entsteht. Dieser Mechanismus macht auch vor tadellosem Altbestand nicht halt. Für viele kommt der sozialdemokratische Appell «Zürich muss eine Stadt für alle bleiben» also bereits zu spät. Und auch das Netto-Null-Ziel bleibt bei diesem Ressourcenverschleiss auf der Strecke. Der letzten BZO-Revision, die gerade den Grossgrundbesitzer*innen immer noch viel mehr schenkt, als diese geben müssen, hätte ein kommunaler Richtplan mit Leitplankenfunktion definitiv vorangestellt werden müssen. Weil dem nicht so ist, ist zu fürchten, dass er – wenn er denn endlich in Kraft tritt – dem durch die BZO ausgelösten Bauboom im besten Fall «hinterherputzen» darf.

Sind Worte genug?

Die «Unschärfe» des Richtplantexts provozierte gerade im Kapitel der sozialverträglichen räumlichen Entwicklung dazu, «nachzuschärfen». Die Stadt schlug zum Beispiel vor, sie setze sich «im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Bereitstellung eines substanziellen Anteils preisgünstigen Wohnraums» ein. Das kann alles heissen oder auch nichts. Wird es nun OHNE «im Rahmen ihrer Möglichkeiten» mehr günstige Wohnungen geben, wie ein SP-Antrag forderte? Ein weiterer verlangte «geeignete Massnahmen», die «die Aufwertung nur ohne Verdrängung der ansässigen Bewohner*innen zulässt».

Und ein dritter «umgehend geeignete Massnahmen» bei einem Anstieg von Zweitwohnungen. Die AL gab sich Mühe, die noble Absicht hinter solchen Anträgen zu erkennen und stimmte zu, ohne an Wunder zu glauben.

Der Richtplan braucht «Back-up»

Mit zwei Motionen versuchte die AL, dem Richtplan den Rücken zu stärken. Wir sehen heute, was das Instrument der Arealüberbauung in Zürich anrichtet. Dafür, dass sie im Vergleich zum Gestaltungsplan eine demokratisch fragwürdige Ausnahmeregelung im Baubewilligungsverfahren darstellt, wird sie in Zürich zu häufig benutzt. Weder nimmt sie Rücksicht auf die Quartierstrukturen, noch erlaubt sie einen sensiblen Umgang mit den Bewohner*innen. Ganz im Gegenteil vernichtet sie unter Umständen auch einwandfreien Wohnraum und treibt die Menschen so aus den Quartieren. Die paar günstigen Wohnungen, die die neue Regelung (§ 49b PBG) generieren wird, sind in diesem Kontext nicht der Rede wert. Und als Rechtfertigung für die Arealüberbauung die verhältnismässig kleine Gruppe der Baugenossenschaften ins Feld zu führen, die durchaus auch mit einer Gestaltungsplanpflicht gut umgehen könnten, ist eine Frechheit. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass der Gemeinderat mit Hilfe der «Königsmacherin» SP die Stadt und auch die Verwaltung zum Wohle von Zürichs Mieter*innen durch einen Befreiungsschlag zum Glück hätte zwingen können.

Andrea Leitner, AL-Gemeinderätin



Der kommunale Richtplan als Leitplanke für bauliche Verdichtung

Raus aus der Prämienfalle!

Mit dem System der Kopfprämien ist die Schweizer Gesundheitsversorgung denkbar unsozial finanziert. Als Korrektur verpflichtet der Bund die Kantone zur Ausrichtung von individuellen Prämienverbilligungen (IPV) an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Bei aller Skepsis hat sich die AL von Anfang an für eine möglichst grosszügige Prämienverbilligung eingesetzt, die mindestens 30 Prozent der Bevölkerung und nicht bloss den Empfänger*innen von Sozialhilfe und AHV-/IV-Ergänzungsleistungen zugutekommt. 1999 und 2001 ist es uns mit zwei Volksinitiativen gelungen, eine massive Aufstockung der kantonalen IPV-Beiträge durchzusetzen.

Seit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) überweist der Bund den Kantonen für die IPV jährlich 7.5% der Bruttokosten der obligatorischen Krankenversicherung. Wieviel diese aus eigenen Mitteln zuschiessen, ist ihnen freigestellt. Um das bisherige, massgeblich von der AL erkämpfte Verbilligungsniveau zu halten, wurde 2008 beim Übergang zum NFA der Kantonsbeitrag auf 100 Prozent des Bundesbeitrags festgesetzt.

Die Prämienverbilligung ist seit jeher ein Objekt der Begierde bürgerlicher Sparpolitiker*innen. Eine erste Attacke erfolgte mit der Kürzung des Kantonsanteils von 100 auf 80 Prozent des Bundesbeitrags. Leider erfolgreich: Im Mai 2011 scheiterte das Mitte-Links-Referendum mit

45% Nein-Stimmen, gleichtags wurde auch eine AL-Initiative für die Aufstockung des Kantonsbeitrags verworfen. Im Rahmen des Sanierungsprogramms Lü2016 beantragte die Regierung eine weitere Reduktion auf 70 Prozent, lief damit aber bereits im Parlament auf.

Am 13. Juni stimmen wir über die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» ab. Die von der CVP lancierte und bei der Sammlung von der AL aktiv unterstützte Initiative will die Kürzung von 2011 korrigieren und den Kantonsanteil wieder auf 100 Prozent des Bundesbeitrags anheben. 2020 lag dieser effektiv bei 84 Prozent und fürs Jahr 2021 sind 92 Prozent budgetiert.

Abgesichert sind diese Anteile, die über das gesetzliche Minimum von 80 Prozent hinausgehen, allerdings keineswegs. Nur ein Ja zur Initiative garantiert die dringend nötigen Mittel für die Verbilligung der Krankenkassenprämien von 400'000 Menschen im Kanton und baut künftigen Abbauattacken vor.

Niklaus Scherr



Einreichung der Initiative «Raus aus der Prämienfalle»

NEIN zum PMT-Gesetz

Im Herbst hat das Parlament das Polizeimassnahmen-Gesetz (PMT-Gesetz) durchgewinkt. Dieses neue Gesetz überträgt der Bundespolizei weitgehende Kompetenzen, um gegen vermeintliche «Gefährder*innen» Massnahmen ergreifen zu können.

Ohne gerichtliche Genehmigung soll die Bundespolizei demnach Gesprächsteilnahmepflichten, Ausreise-, Kontakt- oder Rayonverbote aussprechen können. Dies gegen Personen, von denen die Bundespolizei denkt, dass sie die «staatliche Ordnung verändern» wollen. Um von solchen Präventivmassnahmen getroffen werden zu können, muss man sich NICHT strafbar gemacht haben. Ein Verdacht der Polizei reicht. Kurz: Dieses Gesetz untergräbt den Rechtsstaat und unsere Grundrechte.

Das PMT-Gesetz geht entschieden zu

weit. Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Frau Karin Keller-Sutter, argumentiert mit Vorfällen aus der kürzeren Vergangenheit. Aber erst vor drei Jahren wurden dem Nachrichtendienst weitreichende Kompetenzen und deutlich mehr Mittel zugesprochen; die genannten Einzeltäter*innen konnten aber genau nicht von ihren Taten abgehalten werden. Prävention durch Überwachung und Repression hat noch nie funktioniert. Solche Taten lassen sich nur verhindern, indem man sie an ihrem Ursprung bekämpft: Die Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann verhindert werden, indem wir sie nicht aus unserer Gesellschaft ausschliessen, in ihre Bildung investieren und ihnen so attraktive Zukunftsperspektiven bieten.

Das Polizeimassnahmen-Gesetz definiert den Begriff des terroristischen Gefährders oder der Gefährderin viel zu weit. So ist der Willkür der Polizei Tür und Tor geöffnet. Nach den Worten des UNO-Sonderberichterstatters für Folter, Nils Melzer, kann mit diesem Gesetz auch politischer Aktivismus, wie etwa derjenige von Greta Thunberg, als «die Staatsordnung beeinflussend» interpretiert werden. In Frankreich haben solche Gesetze dazu geführt, dass Ökoaktivist*innen präventiv in den Hausarrest gesteckt wurden. Das Gesetz ist eine massive Gefahr für unsere Grundrechte, weshalb ich am 13. Juni 2021 ein klares NEIN empfehle!

Markus Gerber, AL Winterthur

AL Limmattal: Vorschau Wahlen 2022



Die AL Limmattal besetzte in der letzten Legislaturperiode sowohl in Dietikon als auch in Oberengstringen Behördensitze, weshalb diese Gemeinden bei

den Wahlen 2022 im Vordergrund stehen werden.

In Dietikon werden wir bei den Parlamentswahlen antreten, wobei es sich bisher als schwierig erwiesen hat, Kandidierende – vor allem Frauen – zu finden. Deshalb ist damit zu rechnen, dass der bisherige Amtsinhaber Ernst Joss wieder antreten wird. Seine Bekanntheit dürfte uns auch diesmal einen Sitz bringen.

Stimmen erhält man insbesondere, wenn man bekannte Personen für die Liste gewinnen kann. Darauf werden wir unser Augenmerk richten. Eine Beteiligung an den Stadtratswahlen steht hingegen nicht im Vordergrund.

Die politischen Behörden in Oberengstringen sind durch einen Klüngel von langjährigen Mandatsträgerinnen und -trägern geprägt. Dies erschwert es neugewählten Mitgliedern, in den Behörden Fuss zu fassen. Deshalb treten viele bereits nach kurzer Zeit zurück. Ähnlich ergeht es auch unserer Vertreterin in der Sozialbehörde, die sich noch unsicher ist, ob sie zu den nächsten Wahlen wieder antreten wird. Hinzu kommt, dass insbesondere der Gemeinderat in seiner Zusammensetzung längst nicht mehr den Stärkeverhältnissen der Parteien entspricht. So sind die SVP und die CVP übervertreten, während grosse Parteien wie die SP und die FDP gar nicht mehr vertreten sind. Das Ansehen der Behörden in der Bevölkerung hat schon seit Jahren stark gelitten, was sich darin äussert, dass sämtliche Parteien Mühe haben, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Noch ist nicht absehbar, ob es auf die Wahlen hin zu Rücktritten kommen wird. Die allgemeine Unzufriedenheit könnte jedoch dazu führen, dass sich über Parteigrenzen hinweg neue Allianzen bilden, um das alte und überholte Machtkartell aufzubrechen. Ohne Rücktritte einiger Sesselkleber sind die Erfolgchancen aber sehr fraglich.

Stefan Bolz, AL Limmattal

Unruhe bewahren auf Winterthurer Art

Anfang des nächsten Jahres finden in Winterthur die Wahlen für den Stadt- und Gemeinderat statt. Oder für das Stadtparlament. Darüber werden die Stimmbürger*innen noch im September mit der Revision zur Gemeindeordnung entscheiden. Unabhängig von diesem Entscheid bringen sich die Parteien bereits in Stellung. Erste Stadtratskandidaten stehen bereits fest, so wie ein Anwärter auf das Amt des Stadtpräsident*in. Die Parteien buhlen in verschiedensten Formen um neue Mitglieder und Kandidat*innen und im Landboten durften sich die Amtsältesten der Fraktionen jüngst darüber äussern, was sie am Ratsbetrieb am meisten nervt und was sie trotzdem bei der Stange hält.

Nervenfaktor AL

Dabei wurde auf die eine oder andere Art auch die AL als nervender Faktor erwähnt. Was ich eher als Kompliment statt als Kritik betrachte. Schliesslich sind wir 2018 mit dem Motto «Unruhe bewahren» in den Wahlkampf gestiegen. Da ist es nur richtig, wenn die alteingesessenen Parteien sich an einem stören. Wie der Wahlkampf 2021/2022 der AL Winterthur genau aussehen wird, steht jedoch noch nicht fest. Corona verunmöglicht es grösstenteils, nach altbewährter Weise vorzugehen, also Gespräche mit den Menschen auf der Strasse zu suchen, Stadtführungen zu organisieren oder

kleine Events zu veranstalten. Ausserdem befindet sich die AL Winterthur mitten in einem Umwandlungsprozess, durch den alte Strukturen hinterfragt und gegebenenfalls neu aufgebaut werden. Dies bietet neuen Kräften einerseits die Möglichkeit, sich einzubringen und die AL aktiv mitzugestalten, macht aber andererseits eine klare Positionierung schwierig. Wir lassen uns nicht stressen, noch bleibt genug Zeit. Und solange die politischen Gegner*innen in den Medien über uns lästern, sind wir auf einem guten Kurs.

Gesucht: Spitzenkandidatinnen

Für mediale Aufmerksamkeit sorgen wir aber auch selbst regelmässig, weshalb die Exponent*innen in den verschiedenen Ämtern eine besondere Verantwortung haben, die AL gut nach Aussen zu vertreten. Fest steht jetzt schon, dass wir nicht für den Stadtrat kandidieren werden und dass wir eine Kandidatur für die neue Schulpflege suchen müssen. Die Liste für die Parlamentswahlen nimmt langsam, aber sicher Gestalt an, auch wenn noch einige Spitzenkandidatinnen fehlen. Sollte sich frau nun angesprochen fühlen, darf sie sich gerne bei uns melden. Wir wollen sicher weiter unbequem bleiben und den Stachel im Fleisch des doch sehr familiären und deshalb etwas langweiligen Winterthurer Politbetriebs sein.

Nadelstiche setzen

Ich schaue trotz all den Baustellen positiv in die Zukunft der AL und auf die Wahlen 2022. Wir haben eine treue Basis und werden die grüne Welle mit Sicherheit überstehen. Je nach dem liegt sogar ein dritter Sitz drin, den wir 2018 nur knapp verpassten. Der Wahlkampf um die sechs Schulpflegeämter dürfte zudem spannend werden. Ohne Sekretariat und geringen finanziellen Mittel bleibt uns nichts anderes übrig, als weiter Nadelstiche zu setzen und unsere Positionen klar in die Öffentlichkeit zu tragen. «Unruhe bewahren» steckt auf jeden Fall in der DNA der AL Winterthur. Sowohl nach Aussen, wie auch nach Innen. Und das beflügelt.

Roman Hugentobler, Gemeinderat AL Winterthur



Winterthurer Gemeinderat Hugentobler

In der Klimapolitik einen Schritt vorwärts gemacht



Wenn wir uns über CO₂-Einsparpotenziale in der kantonalen Politik Gedanken machen, landen wir unweigerlich bei den Bauvorschriften, da diese die grössten Einsparpotenziale bieten. Mit der Revision des kantonalen Energiegesetzes wurde dies zusammen mit der Umsetzung des neuen CO₂-Gesetz angegangen.

Im Kern werden mit dem neuen Gesetz Heizungen mit fossilen Brennstoffen verboten. Bei Neubauten gilt dies ab sofort, bei den restlichen Bauten soll dies beim nächsten Heizungsersatz geschehen. Elektroheizungen müssen bis 2030 ersetzt werden. Finanziell dürfen diese Anlagen über ihren gesamten Lebenszyklus maximal 5% teurer sein, ansonsten greift eine Härtefallregelung. Ersetzt werden sollen diese Erdölheizungen hauptsächlich durch von Solarstrom gespeiste Wärmepumpen. Nach ihrer Installation sind diese Pumpen billiger im Betrieb als fossile Heizungen. Alternativ zur Photovoltaikanlage können auch

andere Sanierungsmassnahmen vorgenommen werden. Um dies zu finanzieren, werden die kantonalen Subventionen weiter ausgebaut. Einzig der Ausnahmeregelung für Biogas stehen wir kritisch gegenüber. Diese soll das Heizen mit «zertifiziertem» Biogas erlauben, sofern dessen Anteil 80% am gesamten Gas beträgt. Dieser Anteil ist viel zu gering, um Wirkung zu erzielen. Ausserdem haben wir berechtigterweise starke Vorbehalte gegenüber den Zertifikaten. Dieser parlamentarische Kompromiss ermöglicht letztendlich der FDP, sich das grüne Mäntelchen überzuziehen. Durch die Biogasregelung wird das Sparpotential zwar leicht geschmälert, es ist aber immer noch enorm. Deshalb ist der Ausstieg aus den fossilen Energien alternativlos.

Der AL ist allerdings bewusst, dass das Augenmerk nun auf die Verteilung der entstehen Kosten gerichtet werden muss. Es darf nicht sein, dass die Mietenden die Kosten für die Ersatz der Heizung übernehmen müssen, denn dieser lässt sich auch ohne grössere Kostensteigerung leicht umsetzen.

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

Demos in Zeiten der Pandemie



Ob und wie in Pandemiezeiten politische Proteste erlaubt sein sollen, darüber wird seit einem Jahr gestritten. Das Thema beschäftigte auch das Parlament: Vier schriftliche Anfragen wurden

eingereicht, drei Fraktionserklärungen verlesen und eine Beschwerde ans Verwaltungsgericht unterzeichnet. Und wir sind noch keinen Schritt weiter.

Der Regierungsrat bleibt hart: Vom 19. April bis Ende Mai sind im Kanton Zürich bei Kundgebungen und Unterschriftensammlungen maximal 100 Personen zulässig. Zum zweiten Mal in Folge wird es keine offizielle 1.Mai-Kundgebung geben, denn die Auflage lässt sich in der Praxis nicht umsetzen, kommt de facto einem Demoverbot gleich. Wie sollen die Organisator*innen denn garantieren können, dass nicht 101 Personen an der Demo teilnehmen? Pandemie hin oder her – die politischen Grundrechte dürfen nicht ausser Kraft gesetzt werden. Das

sieht auch der Bundesrat so. Er erliess am 20. Juni 2020 erstmals die Covid-19-Verordnung «Besondere Lage» (818.101.26) Diese erlaubt ausdrücklich politische Kundgebungen mit mehr als 1000 Personen unter Einhaltung der Maskenpflicht.

Es ist klar: In Anbetracht der Covid-Pandemie muss physischer Kontakt zwischen den Menschen reduziert werden, im Bewusstsein, dass Versammlungen ein Infektionsrisiko tragen. Es ist ebenso klar, dass in der derzeitigen Lage das Bedürfnis besteht, Protest zu äussern und ihn sichtbar zu machen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Stadtrat nach über einem Jahr Pandemie noch immer keine Richtlinien erlassen hat, die das Demonstrationsrecht mit den Schutzmassnahmen in Einklang bringen. Dabei wäre es einfach. Jede Demo wird (wie immer schon) unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Risikolage überprüft. Zahlreiche europäische Städte machten vor, wie Kundgebungen unter Einhaltung der Schutzmassnahmen erlaubt werden können.

Christina Schiller, AL-Gemeinderätin

Unruhe bewahren

6. Februar: AL-Zoom-Konferenz zu Netto Null 2030 Stadt Zürich mit Jonas Kampus (Klimastreik), Rahel Gessler (Stadt, GUD) und Walter Angst (AL).

10. Februar: Gemeinderat bewilligt 20 Mio für das Drei-Drittelsmodell zur Mietreduktion für Betriebe, die von Covid-19-Schliessungen betroffen sind (Umsetzung des Postulats Angst (AL) und Leiser (FDP)).

26. Februar: Stadtrat Richard Wolff verzichtet 2022 auf Wiederkandidatur. Walter Angst und Olivia Romanelli stellen sich für Kandidatur zur Verfügung.

8. und 10 März: AL-Fraktionserklärung im Kantonsrat und gemeinsame Fraktionserklärung von AL, Grünen und SP im Gemeinderat gegen Polizeieinsatz bei Frauen*demos vom 6. und 8. März. AL-Gemeinderätin Christina Schiller reicht dazu zwei Anfragen ein.

15. März: Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion für eine zeitlich befristete Covid-19-Zuschlagsteuer auf grössere Vermögen verfehlt mit 57 Stimmen das Mindestquorum für die vorläufige Unterstützung.

17. März: Gemeinderat überweist Postulat von David Garcia (AL) gegen Coop-Projekt für die Umnutzung Sihlquai 280-284 und drohende Vertreibung der Mieter*innen.

19. März: Hochbauvorsteher Odermatt und Baudirektor Neukom einigen sich und erfüllen AL-Postulat: Güterbahnhof-Hallen werden noch nicht abgerissen, Verein Zitrone erhält Zwischennutzungsvertrag, Kunsthalle ART DOCK kann vorerst bleiben.

1. April: Von der AL mitinitiierte Beschwerde (abstrakte Normenkontrolle) gegen das generelle Demoverbot in der kantonalen Covid-19-Verordnung beim Verwaltungsgericht.

7-10. April: AL-Gemeinderätinnen Andrea Leitner und Christina Schiller kritisieren in der Richtplan-Debatte fehlende Mieter*innenschutz-Massnahmen bei der geplanten baulichen Verdichtung.

21. April: Gemeinderat bewilligt 4.6 Mio für Pilotprojekt für medizinische Versorgung von Sans-Papiers und erfüllt damit eine 2018 überwiesene AL-Motion.

Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende:

Alternative Liste Zürich,

PC 87-63 811-5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

AL initiiert kantonale Volksinitiative



Auf Vorschlag der AL lanciert ein Bündnis aus SP, Grünen, CSP, GBKZ, Travail Suisse sowie Juso und Jungen Grünen auf den 1. Mai 2021 die

kantonale Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen». Mit der Volksinitiative soll erreicht werden, dass die oberste Progressionskurve bei der Vermögenssteuer für die Dauer von drei Jahren um 20% erhöht wird. Vermögen ab 3'158'000 Franken (Grundtarif) respektive 3'235'000 Franken (Verheirateten-tarif) werden so stärker besteuert. Mit dieser Zusatzabgabe fließen jährlich rund 100 Millionen Franken zusätzlich in die Staatskasse.

Corona schüttelt die kantonalen und kommunalen Finanzen gewaltig durch: Der Kanton hat bis heute Corona-Hilfen von über 1.2 Milliarden Franken gesprochen. Der mittelfristige Finanzausgleich sieht ein Defizit von über 1 Milliarde Franken vor. Nebst den Mehrausgaben werden in Zukunft die Steuereinnahmen erheblich sinken. Die Unternehmenssteuerreform wird ab 2022 zu Mindereinnahmen von mindestens 100 Millionen jährlich führen. Geschlossene Geschäfte, vermehrte Arbeitslosigkeit und tiefere Einkommen wegen Kurzarbeit werden zu tieferen Steuereinnahmen bei natürlichen Personen führen.

Wichtig ist, dass die Linke sich in der Frage der Finanzen frühzeitig und richtig positioniert. Regierungsrat Ernst Stocker hat bereits Anfang Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer propagiert, wovon die Kantone profitieren könnten. Die Mehrwertsteuer ist tendenziell eine unsoziale Steuer, weil sie alle gleichermassen betrifft. Wohlhabende geben vielleicht mehr aus und zahlen so mehr Mehrwertsteuern, damit wird aber nicht derselbe Ausgleich wie bei den direkten Steuern geschaffen. Wer über 3 Millionen Vermögen besitzt, ist privilegiert. Wer derart privilegiert ist, kann einen Beitrag an die Kosten der Corona-Hilfen leisten.

Sammelstart ist der 1. Mai 2021 und innert sechs Monaten müssen wir 6'000 Unterschriften sammeln.

Markus Bischoff, AL-Kantonsrat

Totalrevision CO₂ Gesetz

Es ist eher selten, dass man sowohl ein Ja als auch ein Nein zu einer Vorlage begründen könnte und dennoch eine klare Vorstellung davon hat, in welche politische Richtung es gehen müsste. Doch genau dies liegt beim CO₂-Gesetz vor.

Was beinhaltet das neue Gesetz?

Im Gebäudebereich dürfen Neubauten keine CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen mehr ausstossen. Diese Massnahme ist aufgrund des hohen CO₂-Sparpotenzials zwar zu begrüssen, sie wird allerdings im Kanton Zürich mit dem neuen Energiegesetz bereits nachvollzogen.

Die heutigen CO₂ Zielwerte werden bei Autos um 37.5% und bei Lastwagen um 30% gesenkt. Hier weist das Gesetz allerdings eine Schwachstelle auf, da es weiterhin mit Durchschnittsgrenzwerten arbeitet, was den Effekt dementsprechend reduziert: Verkauft die Autoindustrie ein besonders emissionsarmes Auto, kann sie im Gegenzug eine weitere Dreckschleuder verkaufen. Dass Treibstoffimporteure neu 20 % des CO₂-Ausstosses mit Klimaschutzprojekten in der Schweiz kompensieren müssen, ist hingegen begrüssenswert.

Ein weiterer, wichtiger Punkt des Gesetzes sind Lenkungsabgaben. Die mögliche CO₂-Abgabe, deren Obergrenze bisher bei CHF 120 pro Tonne CO₂ lag, kann vom Bundesrat neu auf bis zu CHF 210 erhöht werden. Leider beinhaltet das Gesetz an dieser Stelle eine fragwürdige «kann» Formulierung. Diese Abgabe greift erst, wenn die Klimaziele nicht eingehalten werden.

Der öffentlich umstrittenste Punkt ist die Einführung einer neuen Lenkungsabgabe auf Flugtickets von 30 bis 120 Franken. Dabei soll eine Hälfte des Geldes über die Krankenkasse der Schweizer Bevölkerung zurückgezahlt werden, während die andere Hälfte in den Klimafonds geht. Da diese Lenkungsabgabe genau dort ein-

setzt, wo wir gut und auf relativ einfache Weise CO₂ einsparen können, wirkt sie besonders zielführend.

Klimaziel von Paris wird verfehlt

Das Gesetz geht in die richtige Richtung, ist aber zu harmlos. Die Wissenschaft ist sich einig, dass mit solch einem Gesetz das 1.5°C-Ziel von Paris nicht erreicht werden kann. Auch das vom Gesetz selbst deklarierte Ziel von Netto-Null bis 2050 dürfte unerreichbar sein. Daher gibt es an dem Gesetz nicht viel zu loben.

Dass das Gesetz zu harmlos ist, lässt sich gut an einer Aussage von Bundesrätin Simonetta Sommaruga im VCS-Magazin festmachen: Sie lobt die Flugticketabgabe als sozialverträglich, da eine Familie, die «nur» einmal im Jahr fliegt, sogar vom Gesetz profitieren würde. Indirekt senden solche Äusserungen die verheerende Botschaft, dass wir so weiterleben können wie bisher. Doch genau hier braucht es einen Gesinnungswandel: Wenn weiterhin nach Lust und Laune in der Weltgeschichte herumgeflogen wird, rückt das Pariser Klimaziel in weite Ferne. Fakt ist: Fliegen ist ein Wohlstandsluxus auf Kosten unseres Planeten und sollte deshalb keine Selbstverständlichkeit sein. Stattdessen ist der Verzicht darauf eine einfach zu vollziehende und wirksame Massnahme, um unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Trotz aller Kritik ist das Gesetz aber auch ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Ablehnung wäre fatal, wobei die berechtigte Kritik am CO₂-Gesetz untergehen würde. Daher ist dem Gesetz zuzustimmen, im Wissen darum, dass es damit noch längst nicht getan ist.

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

Klimaschutz

CO₂-Gesetz

13. Juni 2021

JA